



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 20/15

I. Das Wichtigste zuerst

1. Sicherheitslage in Deutschland

Bestürzt und fassungslos machten mich die Anschläge in Paris, bei denen so viele unschuldige Menschen auf brutale Weise aus dem Leben gerissen wurden. Meine Gedanken sind bei den Familien der Getöteten und den Verletzten und auch bei jenen, die in der letzten Woche in der Hauptstadt Mali und beim durch Terroranschlag herbeigeführten Absturz eines russischen Flugzeugs über dem Sinai Angehörige verloren haben. Auch Beirut und Ankara erlebten todbringende Anschläge innerhalb weniger Tage. Die Terrorattacken des Islamischen Staates richten sich gegen uns alle, gegen unsere Freiheit, Werte und unseren Lebensstil.

Zusammen mit Frankreich zeigen wir in der EU den einzig richtigen Weg auf: strengere Kontrollen an den Schengen-Außengrenzen, zügige Einigung über die Speicherung von EU-Fluggastdaten, schärferes Vorgehen gegen Waffenschmuggel und einen besseren Austausch über Terrorverdächtige. Deutschland wird sich u.a. mit Tornado-Aufklärungsflugzeugen am Militäreinsatz gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) beteiligen. Der Bundestag muss dem Sicherheitskabinettsbeschluss noch zustimmen.

Die Koalition hat in den vergangenen Monaten wichtige Maßnahmen zur Terrorabwehr beschlossen, um etwa die Ausreise potentieller IS-Kämpfer zu verhindern oder um die Terrorismusfinanzierung besser bestrafen zu können. Die Union unterstützt nachdrücklich unsere Sicherheitsbehörden. Dagegen erweist sich das anhaltende Misstrauen der Opposition ihnen gegenüber gerade in

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

In unserer Fraktionssitzung gab es diese Woche sehr viel Applaus für unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, die am 22. November ihre zehnjährige Kanzlerschaft feierte. Auch Volker Kauder feierte das zehnjährige Jubiläum als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Im Jahr 2005 wurde Angela Merkel zum ersten Mal gewählt, zwei erfolgreiche Wiederwahlen 2009 und 2013 mit einem Ergebnis von 41,5 Prozent folgten.

Der Bundeshaushalt 2016 wurde diese Woche von uns verabschiedet. Trotz angestiegener Flüchtlingszahlen werden sämtliche Versprechen eingehalten. Dass die schwarze Null im dritten Jahr in Folge steht, haben wir guten Wirtschaftsdaten und den umsichtigen Planungen unseres Finanzministers Dr. Wolfgang Schäuble zu verdanken.

Rund 7,8 Mrd. Euro haben wir als Mehrausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingssituation veranschlagt. Ein Teil der Kosten wird aus einer Rücklage finanziert, die mit Überschüssen in Höhe von 6,1 Mrd. Euro aus dem Haushaltsjahr 2015 gefüllt werden kann. Wenn sich bis zum Abschluss des Haushalts 2015 weitere Überschüsse ergeben, fließen diese ebenfalls in die Rücklage.

Eine große Freude war mir das Wiedersehen mit dem Erzbischof Dr. Georg Gänswein. Der in Riedern am Wald geborene Vertraute des Papstes Benedikt XVI nahm an einer Veranstaltung in Berlin teil (S. 4).

Herzliche Grüße, einen frohen 1. Advent!

Ihre

diesen Tagen als ideologiebehaftet und realitätsfremd. Wir brauchen unsere Nachrichtendienste mehr denn je. Gut und richtig ist es, dass wir in dieser Woche beschlossen haben, unsere aktuell besonders geforderten Sicherheitsbehörden, Bundespolizei, Bundeskriminalamt und andere Dienste, finanziell deutlich besser auszustatten. Auch die Länder stehen in der Verantwortung, für eine der Sicherheitslage entsprechende Ausstattung ihrer Polizei und Verfassungsschutzämter zu sorgen.

Wir müssen unser Augenmerk schließlich besonders auf diejenigen richten, die mitten unter uns beharrlich unsere Gesellschaftsordnung ablehnen, Intoleranz stärken und dafür werben, dass religiöse Regeln über den staatlichen stehen. Es bildet sich dort ein Gedankengut, das Nährboden für die Rekrutierung radikaler gewaltbereiter Islamisten ist. Hier gilt es, alle Mittel des Rechtsstaates einzusetzen und mit langem Atem in Gesellschaft, Schulen, Moscheen und auch Gefängnissen Radikalisierungen vorzubeugen.

2. Julian Würtenberger, Leiter der Abteilung Zoll im Bundesfinanzministerium berichtet über Arbeit des Zolls - Mindestlohnkontrollen

Seit 10 Monaten gilt der gesetzliche Mindestlohn. Unsere Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales hat dies zum Anlass genommen und den Abteilungsleiter Zoll im Bundesfinanzministerium Julian Würtenberger in die Arbeitsgruppensitzung eingeladen. Julian Würtenberger begrüßte ausdrücklich die von unserer Fraktion durchgesetzten [Verbesserungen bei den Dokumentationspflichten](#). In den letzten 10 Monaten habe der Zoll rund 38.000 Arbeitgeber kontrolliert und 32.000 Personenbefragungen durchgeführt. Rund 50 Prozent der Prüfungen würden sich auf den Bausektor konzentrieren, gefolgt von den lohnintensiven Gastronomie-, Spedition- und Logistikbranchen. Der Zollabteilungsleiter stellte klar, dass jede Prüfung auch eine Mindestlohnprüfung ist. Die Tendenz zeige, dass es wenige Auffälligkeiten bei vielen Prüfungen gibt. Er stellte auch klar, dass Aufklärung vor Ahndung geht.

Verstöße gegen das von der DEHOGA stark kritisierte Arbeitszeitgesetz würden ebenfalls mitgeprüft werden. Mangels Kompetenz würden nur systematische Verstöße und extreme Auffälligkeiten in einer Kontrollmitteilung an die zuständigen Landesarbeitsaufsichtsbehörden übermittelt. Zu diesem Thema habe ich bereits ausführlich berichtet (Ausgabe [Berliner Brief 9/15](#)).

Beim Thema Ehrenamt gibt es nach wie vor viele Unsicherheiten, da das Problem der Abgrenzung von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) bis heute nicht gelöst wurde. Auf meine Frage in Bezug auf die Ausweitung der Prüftätigkeit des Zolls antwortete Würtenberger, dass angesichts des Zuwachses bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit um 1600 Stellen bis zum Jahr 2019 die Kontrollen intensiviert werden. Allerdings werde man risikoorientiert, also gezielt vorgehen. Es gehe in erster Linie darum, organisierte Kriminalität zu bekämpfen.

II. Die Woche im Parlament (Auswahl)

1. Bundeshaushalt 2016 – Arbeit und Soziales. Der bei weitem größte Einzelhaushalt erhöht sich auf 129,888 Mrd. Euro. Auf die parlamentarischen Beratungen gehen zusätzliche 2,6 Mrd. Euro zurück, wovon 1,9 Mrd. Euro auf die angestiegenen Flüchtlingszahlen entfallen. Maßgeblich sind ein Anstieg des Arbeitslosengelds II um 1,3 Mrd. Euro, um 325 Mio. Euro erhöhte Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende, die zusätzliche Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft von 400 Mio. Euro

und um 250 Mio. Euro erhöhte Leistungen zur Eingliederung in Arbeit. Die Bildungsmaßnahmen wachsen um 179 Mio. Euro für die berufsbezogene Deutsch-Sprachförderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

2. Inneres. Der Haushalt von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière erhält einen Aufwuchs von 1 Mrd. Euro gegenüber dem Regierungsentwurf. Insgesamt umfasst er 7,8 Mrd. Euro gegenüber knapp 6,3 Mrd. Euro in 2015. Im Mittelpunkt steht eine verbesserte Personal- und Sachausstattung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), bei den Sicherheitsbehörden und dem Technischen Hilfswerk. Die Mittel für Integrationsmaßnahmen werden gegenüber 2015 um 326 Mio. Euro erhöht.

III. Sonstiges

1. Gespräch mit S.E. Fuad Siniora, ehemaliger Premierminister des Libanon



Fuad Siniora (s. Bild) hat im Rahmen einer Sitzung unserer Parlamentariergruppe Arabischsprachige Staaten des Nahen Ostens in eindrücklichen Worten die Verhältnisse im Libanon geschildert: schon seit Jahren weit über 1 Million Flüchtlinge in einem Land mit 4 Millionen Einwohnern, wörtlich sagte er: „Der Libanon zerbricht!“ Als Hauptaufnahmeland ist der Zedernstaat gefordert, soziales, ethnisches und religiöses Konfliktpotential zwischen Flüchtlings- und Aufnahmegesellschaft zu entschärfen. Der Libanon ist mehr und mehr der sicherheitspolitischen Bedrohung durch den Syrienkrieg ausgesetzt. Er dankte Deutschland für die bereits geleistete und dringend benötigte Hilfe im Land, betonte aber, dass nur die Beendigung des Krieges in Syrien eine wirkliche Entlastung wäre.

2. Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen – 25. November

Jede 3. Frau ist in Deutschland von sexueller und/oder körperlicher Gewalt betroffen. Wir müssen den Betroffenen helfen und sie unterstützen, damit sie ihr Schweigen brechen und der Gewalt ein Ende bereiten. Der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen dient dazu, das Thema in der Öffentlichkeit präsenter zu machen und auf die vielfältigen Beratungsmöglichkeiten hinzuweisen.



Im Wahlkreis unterstützt das Frauen- und Kinderschutzhaus Kreis Waldshut e.V., dessen Vorstand ich seit über zehn Jahre aktiv angehöre, Frauen, die Opfer von Gewalt wurden. Die [Notrufhotline](#) ist rund um die Uhr erreichbar.

Um Gleichberechtigung von Frau und Mann ging es in unserer Landesgruppensitzung am Montag diese Woche, bei der die stellvertretende CDU-Vorsitzende und rheinland-pfälzische CDU-Chefin Julia

Klößner teilgenommen hat. Es sei wichtig, dass Asylsuchende unsere Werte und unser Verständnis von Gleichberechtigung von Frau und Mann respektieren und annehmen, bekräftigte sie in ihrer Ansprache. Ich teile ihre Meinung voll und ganz und finde deshalb Integrationskurse besonders wichtig. Für die Durchführung von Integrationskursen haben wir daher im Haushalt zusätzliche Ausgaben in Höhe von 250 Millionen Euro vorgesehen.



3. Erzbischof Dr. Georg Gänswein in Berlin

Dr. Georg Gänswein kam auf Einladung von Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder nach Berlin. Kauder erinnerte an die wegweisende Rede von Papst Benedikt XVI im September 2011 über die Grundlagen des Rechts im Deutschen Bundestag.

Der Präfekt des Päpstlichen Hauses und Privatsekretär des emeritierten Papstes trug mir Grüße an meine Heimat auf. In Berlin hielt er einen anspruchsvollen theologischen Diskurs über die „*Hoffnung und Verantwortung*“, die gesellschaftspolitischen Grundthemen von Papst Benedikt XVI sowie seine Enzyklika „*Caritas in veritate*“ (Liebe in Wahrheit).

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 19. Januar, ab 16.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

2. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis \(Auswahl\)](#):

- | | |
|----------------------|---|
| 27. November: | Buchvorstellung „90 Jahre Heimat. 60 Jahre Fremdenverkehr. 12 Jahre Rothauserland“, Haus des Gastes Birkendorf |
| 28. November: | Jahresabschlussfeier im Advent des Krankenunterstützungsver-eins Gundelfingen e.V., Festhalle Gundelfingen |
| 9. Dezember: | <ul style="list-style-type: none">• Gespräch anlässlich der „Problematik B 31“, Rathaus St. Märgen• Eröffnungsfeier des Parkhauses am Feldberg |